

**„Open Data -  
Eingliederung in die IT-Strategie des Landes“**

Anlass (BODDy – **B**erlin **O**pen **D**ata **D**ay)

Veranstalter:  
SenWTF, Open Data Network, government2.0-Verein

Ort:  
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und  
Frauen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die durch die Fortentwicklung der modernen Informationstechniken entstehenden Möglichkeiten erlauben uns nicht das erste Mal eine kleine Revolution. Und damit meine ich **nicht nur** die gerade dargestellten wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale, die von der Open Data – Philosophie ausgehen können und die zweifelsohne beachtlich sind.

Ihre reale „Funktionsfähigkeit“ im wirtschaftlichen Sektor ist bereits mehrfach und nachdrücklich unter Beweis gestellt worden, wie beispielsweise die Entwicklungen im Bereich der Navigationsgerätehersteller nach der Freigabe der Global Positioning System-Daten aus dem GPS-Satellitensystem der USA mehr als deutlich zeigen. Und ich bin sicher, dass wir vielfältige und vergleichbare positive wirtschaftliche Auswirkungen erleben werden, wenn wir in Berlin Open Data tatsächlich und umfänglich praktizieren.

Das dies natürlich ausschließlich nach den einschlägigen Regeln der Open Data Philosophie erfolgen darf, also keine Offenlegung von personenbezogenen Daten erfolgt und „besondere Daten“ weiterhin dem Geheimschutz unterstehen, dürfte dabei Allen klar, verständlich und nachvollziehbar sein.

Bevor ich Ihnen aber einen weiteren Grund für meine persönliche „Begeisterung“ und mein Engagement auf diesem Gebiet verrate, lassen Sie mich zunächst noch einige Definitionen vornehmen und weitere Rahmenbedingungen formulieren, die das Thema Open Data aus meiner Sicht begleiten. Denn ich sehe im Auditorium, neben vielen Fachleuten, auch eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die unserem Thema sehr offen gegenüber stehen, aber es noch nicht so lange inhaltlich begleiten. Daher ist ein gemeinsames Verständnis der Rahmenparameter oftmals sehr hilfreich, damit wir auch alle von den gleichen Inhalten reden:

Die Philosophie von Open Data basiert auf der Grundidee, dass die offene Bereitstellung von Informationen zahlreiche positive Entwicklungen ermöglicht. Open Data ist dadurch mit den zahlreichen anderen „Open“-Bewegungen, wie zum Beispiel „Open Source“, vergleichbar, bei denen auch davon ausgegangen wird, dass durch die gemeinsame (Weiter-) Entwicklung von Software oder Betriebssystemen ein Ergebnis geschaffen wird, dass für alle Interessierten einen realen Mehrwert bietet.

„Crowdsourcing“ bzw. „Schwarmauslagerung“ sind hierzu die einschlägigen Fachbegriffe, die bildlich das beschreiben, was mit der Offenlegung von Daten erreicht werden kann: Die Generierung eines echten Mehrwertes durch die Bereitstellung von Informationen, die neue Zusammenstellung von Daten und die Weiterentwicklung bzw. Anreicherung von Daten durch engagierte und interessierte Menschen. Und dies geschieht in einer Vielzahl von Fällen durch Menschen unbeachtet ihrer etwaigen inhaltlichen Themenverantwortung und auch unabhängig von ihrer persönlichen Qualifikation.

Damit wären wir fast beim Thema „bürgerschaftliches Engagement“, aber dazu vielleicht etwas später noch einige Ausführungen. Bleiben wir zunächst bei den Grundlagen von Open Data:

Es gibt einige Basis-Argumente für die Realisierung von „Open Data“, die ich auch unterstütze.

Der Grundansatz lautet: „Die Daten gehören den Menschen“ – als Beispiele hierfür werden immer Genome, Daten von Organismen oder umweltwissenschaftliche Daten genannt und natürlich solche Daten, die eine Verwaltung oder eine Regierung von ihren und für ihre Bürgerinnen und Bürgern gesammelt hat und besitzt.

#### **Die Begründung im Detail:**

1. Öffentliche Gelder haben die Generierung der Daten ermöglicht, also müssen die Ergebnisse auch öffentlich zugänglich sein (bekanntlich treten häufig auch Wissenschaftler die Rechte an den von ihnen generierten Daten ab, wenn sie ihre Ergebnisse publiziert haben).
2. Fakten können nicht durch Urheberrecht geschützt werden.
3. Weiterentwicklungen werden gefördert, wenn Erkenntnisse für Alle bzw. Viele frei zugänglich sind.

Und jetzt verrate ich Ihnen, wo ich, neben den bereits geschilderten wirtschaftlichen Impulsen, die durch Open Data initiiert werden, weiteres Potential für überaus positive Auswirkungen bei einer standardisierten Offenlegung von Verwaltungsdaten sehe:

Dies sind die Bereiche „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Bürgerbeteiligung“.

Welches Potential, auch welches Rationalisierungs- und Einsparpotential in einer Offenlegung von Verwaltungsdaten steckt, möchte ich Ihnen anhand eines kleinen Beispiels exemplarisch erläutern: Stellen Sie sich vor, das Land Berlin würde die bekannten Daten über Lage, fachliche Spezialisierung und Kapazitäten von Schulen nicht nur – wie bisher- im Internet in Text- und Tabellenform

veröffentlichen, sondern in maschinenlesbaren und georeferenzierten Datensätzen, für jede Frau und jeden Mann öffentlich verfügbar bereit stellen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die ersten „Apps“ –vermutlich sogar „kostenlos“- auf dem Markt wären, die den Eltern und den Schülerinnen und Schülern eine komfortable Auswahl ihrer Bildungsstätte, verbunden mit verschiedensten Selektionskriterien ermöglichen würde?

Einhergehen würde dies im Ergebnis sicherlich mit einem hohen Zufriedenheitsgrad bei allen Beteiligten, also Eltern und Verwaltung und das ohne weitere zusätzliche staatliche Investitionen. Oder ein weiteres, wie ich finde eher fragwürdiges, Beispiel: Aus den Vereinigten Staaten sind Anwendungen bzw. Umsetzungen auf der Basis von offenen Daten bekannt, die auf der Basis von Kriminalitätsstatistiken, auch hier wieder georeferenziert und inhalts- sowie zeitbezogen, eine vermeintlich „sichere“ Jogging-Route durch New York planen können. Nicht das ich denke, dass wir in Berlin dahin kommen werden, trotzdem zeigt auch dieses Beispiel das Potential auf, das mit offenen Daten verbunden ist.

Auch für die Bürgerbeteiligung erkenne ich zahlreiche Vorteile: Das Verwaltungshandeln wird transparenter, die politischen Entscheidungen nachvollziehbarer, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger das Datenmaterial zur Verfügung haben, auf das wir die Entscheidungen unseres täglichen Handelns stützen. Natürlich werden wir damit auch „kontrollierbarer“ und „transparenter“, aber das ist etwas, was wir in unserer Demokratie ohnehin sein wollen. Und die Veröffentlichung unserer Entscheidungsdaten wird zu einer wesentlichen Versachlichung der jeweiligen inhaltlichen Diskussionen beitragen. Nach einer aktuellen FORSA-Studie glauben 81% der Deutschen, dass Open Data zu einer größeren Teilnahme am politischen Geschehen führen wird, 78% der Befragten erkennen einen stärkeren Anreiz zur effektiveren Arbeit der Behörden und 88% befürworten grundsätzlich die Veröffentlichung nicht-personenbezogener Informationen durch die Behörden. Gefahren für

den Datenschutz wurden dagegen nur von 16% der Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahre gesehen.

Sie sehen also, auch die Bürgerinnen und Bürger wünschen mehr Transparenz!

Bisher werden der freie Zugang zu Daten und deren Weiterverwendung allerdings noch durch eine Reihe von technischen Rahmenbedingungen unterbunden bzw. erschwert:

1. Die Speicherung der Daten erfolgt auf Servern, die nur einem beschränkten Benutzerkreis zugänglich sind.
2. Die Daten werden oftmals unter Verwendung von nicht offenen oder nicht auswertbaren Dateiformaten gespeichert.
3. Die weitere Arbeit mit den Daten erfordert eine technische Ausstattung, die nur wenigen Personen zur Verfügung stand.

Der letzte genannte Hinderungsgrund ändert sich mit der weiter anhaltenden, rasanten technischen Entwicklung nahezu „selbstständig“: Computertechnik, die benötigt wurde die ersten Menschen auf den Mond zu bringen, füllte damals mehrere Stockwerke in den Gebäuden der NASA. Heute steht die vergleichbare Rechenleistung damaliger „Rechensäule“ jeder Privatperson zur Verfügung, die einen Laptop benutzt!

Der Nutzungs- und Verbreitungsgrad der Informationstechnik wächst immer noch ständig und die Anzahl der Breitbandanschlüsse wird weiterhin ausgebaut.

Dies alles bildet eine ideale Basis für die Bereitstellung der Informationen für viele Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und vermeidet eine Beschränkung der Nutzung der öffentlichen Daten durch eine vermeintliche „Elite“.

Die freie Zugänglichkeit und die angesprochenen Fragen zu den Formaten wollen wir im Rahmen unserer Open Data – Initiative lösen.

Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen haben wir dazu im Rahmen des Landesprogramms „Service Stadt Berlin“ ein Projekt initiiert:

Die Ziele dieses Projekts sind die Erarbeitung eines Konzeptpapiers und einer exemplarischen Umsetzung für den Umgang mit Offenen Daten in unserer Stadt. Zusammen mit dem Fraunhofer Institut für Offene Kommunikationssysteme wird ein Ansatz für den schrittweisen Aufbau einer „Open Data“-Kultur und Infrastruktur für die Berliner Verwaltung formuliert und als Pilotanwendung umgesetzt werden.

Damit sollen rechtliche, technische und organisatorische Rahmenbedingungen und Erfordernisse beschrieben, erprobt, ausgewertet und festgelegt werden.

Im Ergebnis wird eine "Guideline" für die Behörden Berlins entstehen, in dem der Berliner Verwaltung ein konkreter Vorschlag zur Entwicklung einer „Open Data - Kultur“ unterbreitet wird. Es ist auch vorgesehen darzulegen, ob damit Be- oder Entlastungen für Mitarbeiter oder sonstige interne Effizienzveränderungen erfolgen. Ich erwähnte schon, dass auch die pilothafte Umsetzung beabsichtigt ist und auch deren Erkenntnisse sollen in das künftige Regelwerk einfließen.

Einerseits sind die organisatorischen Aspekte im Bereich der Verwaltungsmodernisierung sowie deren berlinweite Auswirkungen zu berücksichtigen, andererseits erfordern die technischen Aspekte zur Umsetzung der Open-Data Aktivitäten eine enge Einbindung in die E-Governmentstrategie des Landes.

Ich bin den Veranstaltern besonders dankbar, dass Sie mit dem „BODDy“ ein erstes Forum geschaffen haben, mit dem die Thematik Open Data einer größeren Anzahl von Verwaltungsmitarbeitern präsentiert wird und auch dafür, dass das Thema der Politik näher gebracht wird.

Die teilweise bereits absehbaren Ergebnisse zur Umsetzung von „Open-Data“ erfordern das Umdenken und die Mitarbeit vieler

Verwaltungsbereiche. Beides kann ohne eine entsprechende politische Autorisierung nicht dauerhaft etabliert werden.

Die heutige Veranstaltung wird dazu ein erster Schritt sein, dem viele folgen müssen. Das bisherige Verwaltungshandeln war geprägt von Amtsverschwiegenheit, Amtsgeheimnis und nicht öffentlicher Aktenführen, Grundsätze zu denen wir bisher unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst verpflichtet haben. Und auch das Informationsfreiheitsgesetz lässt uns sozusagen „nur auf Anfrage“ Informationen über unser Handeln offen legen.

Die für eine gelebte „Open Data – Kultur“ erforderlichen rechtlichen Veränderungen beginnen wir bereits jetzt. Mit einem Referentenentwurf für ein E-Government- und Organisationsgesetz bereiten wir eine entsprechende Gesetzgebung zu Beginn der nächsten Legislatur vor.

Der Paradigmenwechsel – oder besser gesagt „die kleine Revolution“ in den Amtsstuben, nach der Open Data von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung „gelebt“ und die daraus resultierenden Vorteile von vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch von der Wirtschaft „genutzt“ werden können, steht gerade erst am Anfang.

Unsere bereits begonnenen Initiativen und Maßnahmen stellen den ordnungsgemäßen Verlauf der Veränderungen, also die stete Beachtung der Grundsätze von Daten- und Geheimnisschutz sicher und schaffen gleichzeitig ein rechtliches und organisatorisches Umfeld, das die mit der Open Data Initiative verbundenen Entwicklungspotentiale fördert und optimal unterstützt.

Die noch bestehende und offensichtliche Kontroverse zwischen der Forderung nach kostenloser Bereitstellung der Daten einerseits und dem Interesse des Landes hinsichtlich einer Haushaltskonsolidierung

und damit der Erzielung von Einnahmen (aus dem Verkauf von Daten) andererseits wird in der Zukunft noch zu lösen sein.

Wir werden auch dazu die Interessensvertreter und Akteure an einen Tisch bringen und mit ihnen gemeinsam eine optimale Lösung gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!